

PM: Besetzen statt Räumen – Demonstration zur Beermannstr. 20-22

PRESSEMITTEILUNG

Unter dem Motto „**Niemand wird alleine gelassen!**“ veranstalten wir (siehe unten) eine Demonstration gegen die Zerstörung der Häuser Beermannstr 20 und 22 in Alt-Treptow. **Auf dieser Demonstration wird ein befristetes Ultimatum gegen den Senat zum sofortigen Stopp des Enteignungsverfahrens und der Entmietung ausgesprochen!**

Entweder die Wohnungen werden vermietet oder die Häuser werden nach Ablauf des Ultimatus angekündigt besetzt! Von, mit und für Geflüchtete, Obdachlose und andere von Wohnungsnot betroffene Bewohner*innen dieser Stadt.

Bezahlbarer Wohnraum muss unter den gegenwärtigen Umständen gesichert werden, auch mit den Mitteln der Besetzung – denn der Senat stellt ärmeren Bevölkerungsschichten seit Jahrzehnten kein bezahlbaren Wohnraum mehr bereit!

06.02.2015 um 14:00 Uhr

Beginn der Demonstration an der Cuvrystr./Schlesische Straße.

Bündnis: Besetzen statt Räumen! Stadtteilgruppen aus Neukölln, Alt-Treptow, Kreuzberg/Friedrichshain, sowie Umweltgruppen gegen die A100 und aus dem Widerstand der Refugees

Hintergrund:

Der Senat will nicht nur billigen Wohnraum zugunsten der A 100 vernichten, sondern die letzten Mieter der Häuser in teurere, schlechtere, weitentfernere Wohnungen zwangsräumen lassen. Die Verwaltungsbehörde des ehemaligen Stadtentwicklungssenators Müller hat dafür ein juristisch wackeliges Enteignungsverfahren in Stellung gebracht - gegen die letzten BewohnerInnen der Häuser, die dem starken Druck der Behörde bisher standgehalten haben, weil sie vergleichbare Wohnangebote einforderten.

So wurden in einer nichtöffentlichen (!) „Anhörung“ den verbliebenen BewohnerInnen klar gedroht; entweder sie zögen „freiwillig“ in bereitgestellten Wohnungen von „Stadt & Land“ oder sie würden mit Gewalt dorthin verfrachtet. „White & Case“, eine teure Kanzlei, besorgt für den Senat die juristische Drecksarbeit um die Häuser unter vorgeschobenen Gründen so schnell als Möglich abzureißen. Eine unabhängige Bewertung zum Beispiel der vorgeblichen Notwendigkeiten jetzt und zu diesem Zeitpunkt die Häuser abreißen lassen zu müssen, wird weder die Kommission der Enteignungsbehörde noch das Gericht vornehmen. Wir kennen diese juristischen, verwaltungs- und bautechnischen Begründungen zu genüge. Keine neutrale Institution wird jemals diese Lügen prüfen. Die BewohnerInnen kommen an die notwendigen Unterlagen nicht heran, die zur Begründung herhalten. Sind die Häuser abgerissen, kann man das Gelände noch jahrelang unberührt lassen, obwohl eine Dringlichkeit konstruiert wurde, in diesem Fall Zugang zur Baustelle des Bauabschnittes 16. Somit legt der Senat bereits den Grundstein um den Bau der A100 durch Friedrichshain zu treiben.